

L - 01

1

2 Nur starke und handlungsfähige Kommunen sichern 3 Zusammenhalt, stärken die Demokratie und steuern erfolgreich 4 durch die Krise

5 **Antragsteller:** Kreisvorstand

6 **Adressat:** Kreisparteitag

7 **1 Die Rolle und Bedeutung der Kommunen: Hier wird Demokratie und Gemeinschaft konkret**

8 Die Städte und Gemeinden sind der Lebensmittelpunkt der Menschen. Sie sind Orte der Bildung,
9 der Kultur, des Sports, der Arbeit und der wirtschaftlichen Wertschöpfung, Orte der Begegnung,
10 des Zusammenlebens und des Zusammenhaltes. In den Kommunen entscheidet sich, wie gut
11 eine Gesellschaft funktioniert, wie solidarisch sie miteinander umgeht und wie sie die vielen
12 Herausforderungen unserer Zeit löst. Ein starker, handlungsfähiger Staat und das Vertrauen in
13 die Demokratie können nur über und durch starke Kommunen gefördert und gesichert werden,
14 die ihre Aufgaben der Selbstverwaltung auch selbstbewusst und eigenbestimmt wahrnehmen
15 können. Gerade hier vor Ort kommt es darauf an, Zusammenhalt zu organisieren, Probleme im
16 Konkreten zu lösen und klar zu sein in einer demokratischen, toleranten, diskriminierungsfreien,
17 inklusiven und offenen Grundhaltung. Die Kommunen sind gelebte Demokratie im Konkreten.

18 Daher ist in den Städten und Gemeinden auch kein Raum für eine Zusammenarbeit mit
19 rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien - niemals und nirgendwo. Dieser Grundsatz
20 gilt für die Sozialdemokratie im Rhein-Sieg-Kreis unumstößlich, denn diese Parteien wollen die
21 demokratische, solidarische und vielfältige Gesellschaft, für die die Sozialdemokratie kämpft,
22 zerstören. Ein Anbiedern an populistische Positionen, ein Anbahnen von Zusammenarbeit oder
23 die Übernahme von Stil und Rhetorik stärken immer nur die politischen Extreme, niemals die
24 gemäßigten Kräfte. Konservative Parteien wie die CDU unter ihrem Vorsitzenden Merz spielen
25 mit dem Feuer, wenn sie diesen Weg einschlagen. Wir fordern alle demokratischen Parteien auf,
26 sich klar dazu zu bekennen, auf kommunaler Ebene niemals mit Parteien wie der sogenannten
27 "AfD" zu kooperieren. Der Feind steht rechts und da steht er alleine - dieser Grundsatz gilt für
28 Sozialdemokrat*innen in jedem Stadt- oder Gemeinderat sowie Kreistag.

29 **2 Die Lage der Kommunen**

30 Städte und Gemeinden können ihrer enormen Bedeutung in unserem demokratischen System
31 kaum noch gerecht werden. Sie leiden unter stetig steigenden Aufgaben und
32 Herausforderungen, an bald unerfüllbaren Erwartungshaltungen, am Fachkräftemangel und vor
33 allem an einer nicht ausreichenden finanziellen Handlungsfreiheit. Angesichts der globalen
34 Herausforderungen von Klimawandel bis Migration, der aktuellen Inflation und der
35 wirtschaftlichen Entwicklung mit ihren sozialen Auswirkungen verschärfen sich die
36 Problemlagen für die Kommunen dramatisch. Steigende Zinsen erschweren das Wirtschaften
37 angesichts der immensen Schuldenlast weiter. Die Kommunen stehen mit dem Rücken zur
38 Wand.

39 Vielfach bleibt nur noch die drastische Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuern sowie
40 kommunaler Gebühren bspw. für Kitas oder Ganztagsbetreuung, um nicht in die
41 Haushaltssicherung oder gar Nothaushalte abzurutschen und die Gestaltungsmöglichkeiten
42 vollends zu verlieren. Auch im Rhein-Sieg-Kreis steigen die Hebesätze und es zeichnet sich ab,
43 dass alle Kommunen diesen Weg früher oder später gehen müssen. Dies trifft die
44 wirtschaftenden Unternehmen vor Ort, aber vor allem die Bürgerinnen und Bürger, deren
45 Unverständnis der lokalen Politik und den lokalen Verwaltungen in voller Härte entgegenschlägt,
46 obwohl diese die Rahmenbedingungen nicht beeinflussen können. Egal, wie notwendig diese
47 Schritte sind und wie gut sie erklärt werden, es öffnen sich so immer die Türen für populistische
48 und extreme Parteien, die selbst keinerlei Lösungen anbieten, außer vermeintlich einfachen, aber
49 stets falschen Antworten.

50 In Kommunen, in denen Räte nur noch über Streichungen und Schließungen auf der einen und
51 Steuererhöhungen auf der anderen Seite entscheiden können, gerät nicht nur die solidarische
52 Gesellschaft, sondern auch die Demokratie in Gefahr. Das ruft Populisten und Extremisten auf
53 den Plan, die ihre Chance wittern, das demokratische System und die solidarische Gesellschaft
54 zu zersetzen. Das kommunalpolitische Ehrenamt wird zur Bürde, die nur noch wenige auf sich
55 nehmen wollen. Der Entfall sogenannter "freiwilliger" Leistungen oder eine stetige Reduzierung
56 des Leistungsumfangs der kommunalen Verwaltungen gefährdet die Chancengleichheit und
57 benachteiligt gerade diejenigen, die auf einen starken Staat und öffentliche Angebote etwa im
58 Bildungs- oder Jugendbereich angewiesen sind. Einen schwachen Staat muss man sich leisten
59 können und das können nur die wenigsten, wenn überhaupt.

60 Gegen den wirtschaftlichen Abschwung helfen nur staatliche Investitionen. Gegen die Krise und
61 die Rezession kann man nicht ansparen - das muss auch dem Bundesfinanzminister klargemacht
62 werden. Gerade jetzt braucht es massive Investitionen, um unsere solidarische Gesellschaft und
63 unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu erhalten. Die Kommunen stehen immer am Ende
64 der finanziellen Nahrungskette und werden als erste unter den Sparzwängen und ihren
65 Auswirkungen leiden. Angesichts des Erstarkens der sogenannten "AfD" und deren Erfolge bei
66 Kommunalwahlen ist diese Entwicklung fatal. Es muss verhindert werden, dass diese
67 rechtsextreme Partei in immer mehr Räten und Rathäusern Fuß fassen und das gesellschaftliche
68 Klima vergiften kann. Das gelingt am besten mit handlungsfähigen Kommunen, die Probleme
69 lösen können, und mit motivierten und engagierten Kommunalpolitiker*innen mit Haltung und
70 aus allen demokratischen Parteien.

71 Es braucht eine gemeinsame Kraftanstrengung auf allen Ebenen und ein "Rettungspaket" für
72 unsere Kommunen, damit sie den Kampf mit Herausforderungen und antidemokratischen
73 Kräften aufnehmen und für sich entscheiden können.

74 **3 Starke Kommunen für schwere Aufgaben**

75 **3.1 Kommunalfinanzen reformieren und verbessern**

76 Um unsere Kommunen handlungsfähig zu machen oder zu halten, ist der Blick zunächst auf die
77 Kommunalfinanzierung zu richten. Dabei gilt: Das Konnexitätsprinzip muss endlich beachtet
78 werden. Neue Aufgaben dürfen nur bei vollständiger Finanzierung durch EU, Bund und Land auf
79 die Kommunen übertragen werden, sonst lässt sich der finanzielle Abwärtstrend nicht mehr

80 stoppen. Der Anteil der Kommunen an den Gesamtsteuereinnahmen ist zu erhöhen, damit die
81 Grundfinanzierung steigt und Kommunen in unsere Zukunft, in Infrastruktur und Bildung,
82 Sicherheit und Daseinsvorsorge investieren können. Projekte von Bundes- und Landesregierung,
83 so wichtig sie auch sind, dürfen nicht durch Einsparungen von Geldern finanziert werden, die
84 eigentlich den Kommunen zustehen. Es kann nicht sein, dass Bund und Land Steuerentlastungen
85 - wie etwa durch den Finanzminister für Unternehmen in Planung - verteilen, die Verantwortung
86 für Steuererhöhungen dann aber alleine auf die Kommunen und damit auf ehrenamtlich tätige
87 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker abgewälzt wird.

88 Es bedarf dringend einer echten Altschuldenregelung, um die Kommunen von der enormen
89 Schuldenlast in Folge jahrelanger Unterfinanzierung zu befreien, die angesichts der
90 Zinssteigerungen die kommunalen Haushalte an den Abgrund führt. Die von der schwarz-
91 grünen Landesregierung in Aussicht gestellte Altschuldenregelung greift dabei viel zu kurz, ist
92 eine Scheinlösung und finanziert sich am Ende über die Kommunen selbst. Es kann nicht
93 funktionieren, dass das Land die Kommunen mit ihrem eigenen Geld unterstützt. Das ist wie die
94 Oma, die einem zehn Euro zusteckt und diese direkt wieder aus der Tasche zieht. Zudem ist die
95 Regelung so zu gestalten, dass nicht nur wenige besonders hoch verschuldete Kommunen
96 profitieren, die anderen dafür aber zahlen müssen.

97 Die Regelungen der Isolierung von krisenbedingten Mehraufwendungen in kommunalen
98 Haushalten, angefangen während der Corona-Pandemie und fortgesetzt angesichts der
99 Auswirkungen des Ukraine-Krieges, sind keine wirklichen Hilfen des Landes für die Städte und
100 Gemeinden. Es sind Buchhaltertricks, die die Kosten auf kommende Generationen verschieben.
101 Dennoch ermöglichten sie den Kommunen die Aufstellung von genehmigungsfähigen
102 Haushalten. Es ist daher ein Schlag ins Gesicht für die Städte und Gemeinden, dass die schwarz-
103 grüne Landesregierung diese Regelung schon zum Jahr 2024 einstellen will - entgegen der
104 vorherigen Ankündigungen. Das führt zu einem Vertrauensverlust und vor allem zu
105 Verschlechterungen in Millionenhöhe auch in den Haushalten des Rhein-Sieg-Kreises und seiner
106 Kommunen, die außer über Steuererhöhungen kaum aufgefangen werden können. Wir fordern
107 die Landesregierung daher auf, ihr Wort zu halten, damit eine verlässliche Haushaltsplanung
108 überhaupt möglich ist, die Bilanzierungshilfen fortzuführen und künftig in höhere Zuweisungen,
109 also echte Finanzmittel, an die Kommunen zu überführen. Sollte die Landesregierung bei ihrem
110 Wortbruch bleiben, erwarten wir von der schwarz-grünen Mehrheit im Kreistag nicht nur
111 entsprechenden Protest, sondern auch Einsparungen im Kreishaushalt, damit die
112 Verschlechterungen nicht an die Kommunen durchgereicht werden.

113 Ebenso müssen angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung und ihrer absehbaren
114 Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte die strikten Regelungen der Haushaltssicherung
115 flexibler gestaltet werden, um die ohnehin finanzschwachen und überschuldeten Kommunen
116 nicht vor die Wahl zwischen dem Nothaushaltsrecht und vierstelligen Steuerhebesätzen zu
117 stellen.

118 Eine grundsätzliche Reform der Kommunalfinanzierung ist unumgänglich. So lassen sich z.B.
119 Gewerbesteuererinnahmen kaum vorhersagen. Der Weggang oder die wirtschaftliche Schieflage
120 weniger Unternehmen können kommunale Haushalte bereits vor große Schwierigkeiten stellen.
121 Ebenso bedarf es des Grundsatzes "Grundfinanzierung vor Förder-Bürokratie". Viele Kommunen

122 können nur noch Projekte umsetzen, für die Fördermittel von EU, Bund oder Land fließen. Diese
123 Mittel ermöglichen zwar das Gestalten vor Ort, zwingen aber selbst absolute Notwendigkeiten
124 in enge und bürokratische Vorgaben und Verfahren, die besonders für kleine Verwaltung
125 personell kaum zu leisten sind. Oftmals sind die Fristen so kurz, dass Kommunalverwaltungen
126 gar keine Chance haben, wenn sie nicht für die Schublade planen, was sie aber gar nicht können.
127 Auf der anderen Seite steht ein bürokratischer Apparat, der Antrags- und Bewilligungsverfahren
128 durchführt und penibel prüft. Kommunen werden so ein Stück weit entmündigt, indem sie sich
129 immer nach den neuesten Förderprogrammen richten müssen, wenn sie überhaupt noch
130 Projekte umsetzen wollen. Dabei wissen Räte am besten, wo und wie vor Ort investiert werden
131 muss. Es braucht also eine bessere Grundfinanzierung der Kommunen und weniger kleinteilige
132 und Bürokratie-Kosten verursachende Förderprogramme.

133 Es muss zudem Schluss sein mit der Eingruppierung in pflichtige und freiwillige Leistungen.
134 Insbesondere im Bereich der freiwilligen Leistungen wird in Bildung, Kultur, Jugend, Familien,
135 Senioren und Sport investiert - Bereiche, die unsere Gesellschaft zusammenhalten.

136 **3.2 Sanierungsstau abbauen, Infrastruktur stärken und Abschwung bekämpfen**

137 Die kommunale Infrastruktur ist nicht nur im Rhein-Sieg-Kreis in die Jahre gekommen. Marode
138 Straßen, fehlende Radwege, zu wenige erschlossene Gewerbeflächen und Baugebiete sowie
139 marode Schulen, Kita, Sporthallen und Bürgerhäuser. Aufgeschobene Investitionen zerstören die
140 bauliche Substanz und das Eigenkapital der Kommunen und verursachen so zumeist viel höhere
141 Kosten. Auch marode Infrastruktur und ausgebliebene Investitionen sind "Schulden" für
142 nachfolgende Generationen und vorenthaltene Chancen.

143 Gerade in der wirtschaftlichen Krise braucht es öffentliche Investitionen, die unsere kommunale
144 Infrastruktur fit für die Zukunft machen und gleichzeitig die Nachfrage ankurbeln, Aufträge für
145 Unternehmen bringen, Wachstum schaffen und Beschäftigung sichern. Wir fordern daher von
146 Land und Bund kommunale Investitionspakete für eine umfassende Modernisierung unserer
147 Infrastruktur, für ein Wachstumsjahrzehnt, das Arbeitsplätze sichert und Innovationen fördert.
148 Eine Schuldenbremse darf niemals zur Innovationsbremse werden, unter der ein ganzes Land
149 leidet. Deshalb gehört sie abgeschafft oder zumindest ausgesetzt in Zeiten wirtschaftlicher Krise.
150 Stattdessen brauchen wir ein Steuersystem, das multinationale Konzerne, höchste Vermögen
151 und Kapitalerträge sowie riesige Erbschaften stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens
152 beteiligt. Nur so lässt sich die Gesellschaft zusammenhalten und das demokratische System
153 dauerhaft sichern. Denn ungleiche Gesellschaften sind unfriedliche Gesellschaften.

154 **3.3 Verkehrs- und Energiewende werden vor Ort entschieden**

155 Die Verkehrswende ist ein zentraler Baustein, um klimaschädliche Emissionen zu verringern und
156 bezahlbare Mobilität für alle zu sichern. Eine erfolgreiche Verkehrswende ist also eine Win-Win-
157 Situation. Die Kommunen sind wichtige Akteure bei der Gestaltung der Verkehrswende und bei
158 der Verlagerung des ModalSplit vom motorisierten Individualverkehr auf den Umweltverbund
159 aus Fuß- und Radverkehr sowie dem ÖPNV. Wenn diese Verkehrswende Realität werden soll,
160 müssen Kommunen in die Lage versetzt werden, diesen Wandel aktiv zu gestalten,
161 Radwegenetze auszubauen, Straßenräume umzugestalten und Alternativen zum Auto zu

162 schaffen. Vielfach sind diese notwendigen Investitionen jedoch gar nicht möglich, Geld und
163 Planer*innen fehlen.

164 Die Einführung des Deutschlandtickets ist ein großer verkehrspolitischer Fortschritt durch die
165 Ampelregierung, der unserer Forderung nach einem "1-Euro-Ticket" einen riesigen Schritt näher
166 kommt. Nun sind die Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis gefordert, das Ticket für Schüler*innen
167 günstiger anzubieten und das Land muss dieses Defizit ausgleichen - dauerhaft, nicht nur
168 temporär. Doch die Landesregierung muss einmal mehr zur Arbeit getrieben werden. Ein
169 Sozialticket für alle, für die auch 49 Euro zu viel sind, lässt in NRW auf sich warten. Beim Jobticket-
170 Modell werden private Unternehmen besser gestellt als öffentliche Verwaltungen, für die immer
171 noch keine landesweite Regelung vorliegt. Auch kommunale Verwaltungen brauchen dieses
172 attraktive Modell für Beschäftigte und Beamte.

173 Von herausragender Bedeutung ist weiterhin eine solide Finanzierung des Öffentlichen
174 Personennahverkehrs. Hier müssen Bund und Länder mehr Mittel bereitstellen, damit angesichts
175 der Kostenentwicklung nicht die Reduzierung des Bus- und Bahnangebotes gerade in ländlichen
176 Gebieten droht. Defizite angesichts der steigenden Energie- und Lohnkosten können nicht alleine
177 aus den überlasteten kommunalen Haushalten getragen werden, ansonsten wird der dringend
178 benötigte Ausbau des ÖPNV nicht gelingen können. Der Ausbau der Steuerfinanzierung sowie
179 die Einbindung der von der Infrastruktur profitierenden Unternehmen sind daher unabdingbar.

180 Der gleiche Grundsatz gilt für die Energiewende, die nicht nur aus Klimaschutzgründen geboten
181 ist, sondern auch der einzige Weg ist, langfristig bezahlbare Energie jenseits endlicher fossiler
182 Energieträger und Energieimporten sicherzustellen. Auch wenn Rechtspopulisten tonnenweise
183 Sand in die Augen streuen, nur so kann unser Land unabhängig werden von Öl- und
184 Gasimporten. Die Landesregierung muss Klarheit für Investitionen in Wind- und Solarenergie
185 schaffen und die rechtlichen und bürokratischen Rahmenbedingungen vereinfachen, um den
186 Turbo für die Energiewende zu zünden. In NRW wird noch gestolpert statt vorweg marschiert.
187 Die Wärmewende wird auch von der Handlungsfähigkeit der Kommunen abhängen, die nun zur
188 kommunalen Wärmeplanung etwa über Fern- und Nahwärmenetze verpflichtet werden. Bei der
189 Verpflichtung darf es nicht bleiben! Für diese Jahrzehnte dauernde Aufgabe müssen die
190 notwendigen finanziellen Ressourcen bereitgestellt werden, damit sie nicht erneut nur eine
191 Aufgabe übertragen bekommen, die sie nicht mehr erfüllen können. Es geht auch hier darum,
192 das Vertrauen in einen starken, handlungsfähigen Staat zu gewährleisten.

193 **3.4 Kitas und Ganztagschulen sind systemrelevant**

194 Kindertagesstätten und offene Ganztagsgrundschulen stehen vor großen Herausforderungen
195 und die schwarz-grüne Landesregierung liefert keine Lösungen. Auf der einen Seite fehlt es an
196 ausreichend Räumen, für deren Realisierung Geld und Grundstücke in den Kommunen fehlen
197 und auf der anderen Seite existiert ein großer Fachkräftemangel. Durch diese Tatenlosigkeit
198 steuern wir auf den Systemkollaps in der Kinderbetreuung zu. Einschränkungen des
199 Betreuungsangebotes stehen für Kinder und Eltern schon heute auf der Tagesordnung, weil die
200 Träger kein Personal mehr finden. Dabei ist eine verlässliche und qualitativ hochwertige
201 Betreuung der Jüngsten der einzige Weg, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu
202 ermöglichen. Doch die Kommunen, die Träger von Kindertageseinrichtungen und offenen
203 Ganztagschulen werden weitgehend alleingelassen, genauso wie die Eltern. Es braucht

204 Investitionen in den Ausbau von Kindertagesstätten und es braucht eine Personal- und
205 Ausbildungsoffensive des Landes.

206 Für das Inkrafttreten des Rechtsanspruches auf einen Platz in der Ganztagsbetreuung im
207 Grundschulalter ab dem Schuljahr 2026/27 gibt es in NRW keinerlei gesetzliche Regelungen
208 durch die Landesregierung, geschweige denn Ideen, wo die Fachkräfte dafür herkommen sollen.
209 Die Kommunen wissen nicht, wie sie diesen neuen Rechtsanspruch und damit die berechtigte
210 Erwartungshaltung der Eltern erfüllen können und warten darauf, dass das Land seine
211 Hausaufgaben macht, endlich klare Regelungen etwa hinsichtlich von Fachkräfteschlüsseln trifft
212 und in die Finanzierung des Ausbaus einsteigt. Die Zeit ist schon jetzt viel zu kurz.

213 Gleichzeitig bleibt es nach der Landtagswahl in NRW bei den Elternbeiträgen für Kita und OGS
214 bei einem landesweiten Flickenteppich. Arme Kommunen müssen hohe Gebühren nehmen und
215 die Bildungschancen junger Menschen hängen einmal mehr von den finanziellen Möglichkeiten
216 der Familie ab. Der Schwarze Peter wird an die Städte und Gemeinden durchgereicht, die
217 angesichts von Notbetreuung auch noch an der Gebührenschaube für Familien drehen müssen.
218 Außer Ankündigungen und Absichtserklärungen zur Finanzierung und zur Beitragsfreiheit eines
219 weiteren Kita-Jahres hören Eltern nichts mehr aus Düsseldorf. Wir fordern endlich die
220 Gebührenfreiheit für die frühkindliche Bildung in NRW, wie etwa im Nachbarbundesland
221 Rheinland-Pfalz. Das wäre ein massives Entlastungspaket für Familien und gleichzeitig ein
222 enormer Bürokratieabbau.

223 **3.5 Sicherheit durch Solidarität und schützende Kommunen**

224 Wir leben in herausfordernden, wenn nicht sogar krisenhaften Zeiten. Gleichzeitig erleben wir
225 eine Geschwindigkeitssteigerung in Wandelprozessen, die so bisher nicht da gewesen ist. Das
226 bereitet vielen Menschen Sorgen und schürt Ängste vor fehlender sozialer Sicherheit oder sogar
227 vor dem sozialen Abstieg. Hier bedarf es starker, handlungsfähiger Städte und Gemeinden, die
228 individuelle und gesellschaftliche Benachteiligung abbauen, Teilhabe für alle ermöglichen,
229 niemanden alleine lassen und durch die Krise führen können. In der Krise hilft nur Solidarität,
230 gerade mit denjenigen, die es aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen besonders schwer
231 haben, wenn die Nebenkostenabrechnung steigt. Die Landesregierung unterstützt die
232 Kommunen in diesem Jahr mit einem "Einmalprogramm", dem sogenannten Stärkungspakt
233 NRW, um die soziale Infrastruktur angesichts der Kostenentwicklung zu schützen und
234 Härtefallhilfen zu schaffen. Das ist jedoch keine nachhaltige Lösung. Solche Programme müssen
235 verstetigt werden, damit Kommunen Einzelfallhilfen auszahlen, Sozialberatung ausbauen und
236 Einrichtungen der sozialen Infrastruktur dauerhaft und nachhaltig finanzieren können. Das
237 nimmt die Sorgen und schützt unser demokratisches Gemeinwesen, indem Ungerechtigkeiten
238 aktiv ausgeglichen werden. Viele Kommunen sind angesichts der desolaten Haushaltslage
239 jedoch nicht in der Lage, solche fälschlicherweise als "freiwillig" deklarierten Ausgaben zu
240 tätigen. Auch die freien Träger der Jugend- und Wohlfahrtshilfe leisten oft wertvolle Hilfe zur
241 Selbsthilfe und bieten ein umfassendes präventives Angebot in vielen Bereichen. Dafür sind
242 mehr Ressourcen notwendig, die die Städte und Gemeinden auf Grund der mangelnden
243 Förderung aus Düsseldorf nicht leisten können. Das gefährdet den sozialen Frieden und die
244 Teilhabe vieler an unserer Gesellschaft.

245 Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist existenziell, denn Wohnen ist ein
246 Menschenrecht. Doch Wohnen wir in unserem Kreisgebiet immer teurer. Die Nachfrage steigt
247 stetig, genau wie die Mieten und die Grundstückspreise. Der schwarz-grün geführte Rhein-Sieg-
248 Kreis fällt hierbei als aktiver Player gegen die Wohnungsnot seit Jahrzehnten faktisch aus, sowohl
249 bei der Koordination von Wohnbauflächen, als auch bei der Stärkung der kreiseigenen
250 Wohnungsbaugesellschaft. Ambitionslosigkeit hat einen Namen: Schwarz-Grün.

251 Der Einbruch auf dem Baumarkt gefährdet die hochgesteckten Ziele der Wohnraumschaffung.
252 Der Markt muss durch staatliche Investitionen und attraktive Fördermodelle durch Bund und
253 Land angekurbelt werden. Wenn Private nicht bauen, muss die öffentliche Hand bauen: Die
254 Wohnungsbaufördermittel gehören daher vor allem in kommunale
255 Wohnungsbaunternehmen und Genossenschaften, welche die Wohnungen langfristig im
256 eigenen Bestand behalten. Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, ein starker Akteur
257 auf dem Wohnungsmarkt zu werden und nicht nur in Abhängigkeiten von Investoreninteressen
258 zu handeln. Sie müssen Grundstücke ankaufen und entlang des Allgemeinwohls und unter
259 Nachhaltigkeitsgesichtspunkten entwickeln sowie kommunale Entwicklungs- und
260 Wohnungsbaugesellschaften gründen können. In den Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises
261 braucht es zudem flächendeckend klare planungsrechtliche Regelungen und politisch
262 festgesetzte Vorgaben zur Realisierung eines Mindestanteils an geförderten Wohneinheiten bei
263 der Schaffung neuen Planungsrechtes. So wird Investitionsklarheit in der gesamten Region
264 geschaffen. Es muss Schluss sein mit den auf Gewinnmaximierung ausgelegten, planerisch
265 ambitionslosen, sozial und städtebaulich völlig homogenen, meist ausschließlich autogerechten
266 und dennoch überbewerteten Einfamilienhausgebieten. Gleichzeitig muss auch der Erwerb von
267 Eigentum für die Mitte der Gesellschaft trotz steigender Zinsen, Grundstücks- und Baukosten
268 weiter möglich bleiben. Dies kann ein maßgeblicher Anteil der privaten Altersvorsorge sein und
269 ist gleichzeitig ein großer Wunsch vieler Menschen.

270 **3.6 Wohnortnahe, sichere Gesundheit und Pflege**

271 Die Krankenhausplanung der schwarz-grünen Landesregierung ist ein
272 Krankenhausschließungsprogramm und bedeutet im ländlichen Raum ein Abbau an
273 wohnortnaher Versorgung. Immer weitere Fahrwege zum nächsten Krankenhaus oder zur
274 nächsten Geburtsstation bereiten den Menschen Sorgen. Wir brauchen daher mehr
275 Investitionen in die stationäre medizinische Versorgung, die nicht der Gewinnmaximierung,
276 sondern der qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung dient. Die Landesregierung muss
277 endlich eine auskömmliche Finanzierung und eine Zukunftsperspektive für die Kinder- und
278 Jugendmedizin geben, die die Kinderklinik Sankt Augustin sichert und dort wieder eine
279 Geburtsstation ermöglicht. Im Bereich der ambulanten und stationären Pflege verlassen immer
280 mehr Fachkräfte - auch im Rhein-Sieg-Kreis - den Beruf. Hier fehlt es an ambitionierten Plänen,
281 um dem Fachkräfteschwund entgegenzuwirken. Gute Pflege ist mehr als die Einrichtung einer
282 Pflegekammer.

283 **3.7 Integration geflüchteter Menschen**

284 Unsere Gesellschaft ist eine Einwanderungsgesellschaft. Wir profitieren von gesellschaftlicher
285 Vielfalt. Nur Zuwanderung kann unseren Wohlstand angesichts des eklatanten Mangels an
286 Arbeitskräften in vielen Bereichen dauerhaft sichern. Gleichzeitig ist es für uns eine moralische

287 und gesetzliche Verpflichtung, Menschen, die bei uns Asyl und Schutz suchen, zu helfen und sie
288 zu integrieren. Doch bei dieser Herausforderung dürfen die Kommunen nicht alleine gelassen
289 werden. Immer weitere und kaum planbare Zuweisungen von Geflüchteten bringen kommunale
290 Verwaltungen an den Rand der Leistungsfähigkeit. Es stehen kaum noch Unterkünfte zur
291 Verfügung, längst werden wieder Turnhallen belegt. Das verstärkt ohnehin vorhandene
292 Problemlagen, wie den Wohnraummangel oder den fehlenden Raum für Sport und andere
293 Angebote. Wir wollen verhindern, dass Rechtspopulisten diese Situation ausnutzen und
294 Menschen, die unsere Hilfe brauchen, zu Sündenböcken machen und die Gesellschaft spalten.
295 Unsere Städte und Gemeinden sind bereit und gewillt, die Frage der Unterbringung und
296 Integration erfolgreich zu meistern - und sie können das auch. Doch Bund und Land müssen für
297 eine auskömmliche Finanzierung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe sorgen. Es braucht
298 mehr Geld und weniger Vorgaben, um kurzfristig Wohnraum zu schaffen. Es braucht
299 Integrationskurse und personell gut ausgestattete Verwaltungen.

300 **3.8 Verwaltungen digitalisieren**

301 Die Digitalisierung der kommunalen Verwaltung schreitet nur langsam voran. Ursachen dafür
302 sind zu wenig qualifiziertes Personal, mangelnde finanzielle Ressourcen und keine
303 Anschlussfinanzierung von öffentlichen Förderprojekte. Die Digitalisierung der Verwaltung kann
304 dabei nicht nur den Bürgerservice erhöhen, den Zugang zur öffentlichen Verwaltung
305 vereinfachen, sondern auch dauerhaft zu einer Arbeitsentlastung und Effizienzsteigerung in der
306 Verwaltung beitragen. Die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes ist eine pflichtige Aufgaben
307 für deren Bewältigung an vielen Stellen die Ressourcen fehlen. Landesweite Vorhaben kommen
308 nicht voran und die Kommunen werden alleingelassen. Die schwarz-grüne Landesregierung ist
309 hier aufgefordert, endlich Maßnahmen zu ergreifen, die es den Städten und Gemeinden auch im
310 Rhein-Sieg-Kreis ermöglicht, digital im Jahr 2023 anzukommen und sich dauerhaft für die
311 digitalisierte Welt aufzustellen. Das bedeutet auch, dass Förderprogramme etwa für die digitale
312 Ausstattung von Schulen durch Bund und Land zu verstetigen sind. Anschubfinanzierungen
313 reichen nicht aus, wenn der technische und personelle Support sowie die Folgebeschaffungen
314 dann wieder alleine bei den Kommunen hängen bleiben.